

1

**Redebeitrag für die VVN-BdA Kreisvereinigung Rems-Murr
bei der Kundgebung gegen Nazigewalt am 9.4.2016 in
Winterbach**

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,
liebe Gutmenschen,

Gutmensch ist übrigens das Unwort des Jahres 2015. In der Begründung verweist die Jury zunächst auf die rechtspopulistische Verwendung: „Als Gutmenschen wurden 2015 insbesondere auch diejenigen beschimpft, die sich ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe engagieren oder die sich gegen Angriffe auf Flüchtlingsheime stellen.“

Sie fügt aber hinzu, dass das Wort auch in den Leitmedien Eingang findet: „Schluss mit dem Gutmenschen-Gegurke“ war vor ein paar Wochen ein Artikel im Handelsblatt überschrieben.

In dieser Brückenfunktion des Worts, dass es von rechts außen bis in die Mitte hinein wirkt, liegt das Problem.

So viel zum Unwort des Jahres 2015.

Heute kommen wir zusammen, um an den rassistisch motivierten Brandanschlag auf türkische und italienische Jugendliche in der Nacht vom 9. auf den 10. April vor 5 Jahren zu erinnern.

Wir wollen mit dieser Kundgebung ein kraftvolles Zeichen gegen Nazigewalt und rechte Umtriebe im Rems-Murr-Kreis setzen und unsere Solidarität mit unseren ausländischen Mitmenschen zum Ausdruck bringen.

Ich möchte in meinem Beitrag kurz auf das anstehende NPD-Verbotsverfahren eingehen. Die VVN-BdA begrüsst, dass das Bundesverfassungsgericht im zweiten Anlauf den Verbotsantrag des Bundesrats formal zulässt und somit das längst überfällige Verbotsverfahren eingeleitet werden kann.

Seit Bestehen der NPD, seit über 50 Jahren, fordert die VVN-BdA sie zu verbieten. Für das NPD-Verbot sammelte die VVN-BdA bereits 2007 fast 200.000 Unterstützungsunterschriften.

Nach Auffassung der VVN-BdA steht die NPD in der Tradition der NSDAP.

Ihre Aussagen sind rassistisch, antisemitisch und fremdenfeindlich.

Sie tritt für ein neues „Deutsches Reich“ ein.

Sie propagiert zur Durchsetzung ihrer politischen Ideologie nicht nur Gewalt, sondern bietet Gewalttätern eine politische Heimat und unterstützt sie. Sie ist in einem hohen Maße für ein geistiges Klima verantwortlich, in dem vielfältige strafbare Handlungen gedeihen.

Auch die Winterbacher Brandstifter hatten Kontakte zu NPD-Kadern.

Die NPD nutzt den Parteienstatus aus, um Gelder von einem Staat zu beziehen, den sie abschaffen will.

Zwei wesentliche Argumente gegen ein NPD-Verbot sind offensichtlich falsch: Ein Verbot treibe Nazis in den Untergrund und man brauche V-Leute zur Kontrolle der Szene.

Inzwischen ist klar: V-Leute funktionieren nur in eine Richtung – sie versorgen die Nazi-Szene mit Geld und auch mit Informationen. Andererseits wird die VVN von mehreren Landesverfassungsschutzämtern beobachtet.

Ein Verfassungsschutz, der mit Faschisten kooperiert und Antifaschisten bespitzelt hat keinerlei Existenzberechtigung und ist aufzulösen !

4

Der „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU) ist Teil eines braunen Netzes, in dessen Mitte die NPD die Fäden zieht. Die Führung der NPD war es, die mit der strategischen Orientierung „Kampf um die Strasse – Kampf um die Köpfe – Kampf um die Parlamente“ die Öffnung der NPD zur „Kameradschaftsszene“ propagierte, zu der auch die Terrorgruppe und ihre Propagandisten zählen.

Solange die NPD durch Legalität den Eindruck erwecken kann, ihre rassistische, antisemitische, völkische Hetze sei ein legitimes „nationales“ Anliegen und solange sie sich überwiegend aus Steuergeldern finanzieren kann, schöpft die gesamte neofaschistische Szene daraus den Anschein von Legitimität.

Wir fordern deshalb, unabhängig von der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das Verbot der NPD und aller neofaschistischen Organisationen, ihrer Hetzschriften, ihrer Embleme und ihrer menschenverachtenden Aktivitäten, auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens.

Uns ist sehr wohl bewusst, dass mit einem Verbot der NPD der Neofaschismus nicht vollständig ausgerottet wird, aber es wäre eine deutliche Schwächung der

S Signal an die

5

rechten Szene, da ihr u.a. der Geldhahn zugedreht wird.

Es gibt Hinweise, dass führende NPD-Funktionäre mit dem Verbot ihrer Partei rechnen und sich jetzt schon in der im September 2013 gegründeten Neonazi-Partei „Der Dritte Weg“ organisieren und auch engagieren. Auch der Dritte Weg pflegt enge Verbindungen zur gewaltbereiten Kameradschaftsszene.

Was bedeutet diese Entwicklung für uns Antifaschisten:

Wir brauchen mehr denn je eine starke und breite antifaschistische Gegenbewegung, in Form von Aufklärung, Information und Aktionen auf der Strasse. Der Druck auf die Neonazi-Szene darf nicht nachlassen, denn

Faschismus ist keine Meinung,
sondern ein Verbrechen !

Vielen Dank !